

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die halbjährliche Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

50000 Mitglieder sind dem Verbands der Fabrikarbeiter im Jahre 1917 beigetreten. Wenn alle Berufenen fleißig mitarbeiten, wird der Zustrom im Jahre 1918 noch stärker sein. Also, auf ans Werk!

„Es muß etwas geschehen!“

Wer lange Jahre das Feld der Organisation beackert, Organisationsarbeit nach allen Richtungen geleistet, wer Kleinarbeit in den verschiedenen Orten verrichtet hat, kennt nur zu gut jene Mitmenschen, denen es immer an festem Entschluß mangelt. Das sind die Wankelmütigen, die Unzuverlässigen, die sich nie zu einer entscheidenden Tat aufschwingen können. Fragt man sie, ob sie ihren Beitritt zur Organisation vollziehen wollen, so wollen sie es sich „nochmal überlegen“, oder sie haben „noch Zeit“, oder sie finden eine ähnliche Ausrede.

Als Agitator und Organisator in der Arbeiterbewegung erlebt man in seiner Mission nur zu oft die größten Enttäuschungen. So manche öffentliche Versammlung, manche Betriebsversammlung hat seine klaren, das eigenste Interesse der Versammelten berührenden Ausführungen mit Beifall quittiert; der Erfolg der Rede steht aber in keinem Verhältnis zu diesen Zustimmungskundgebungen. Die Augenblicke, in denen der Redner in gemeinverständlicher Weise ihre wirtschaftlichen Leiden und Klümmernisse beleuchtet und ihnen den Weg zeigt, wie sie sich durch den Beitritt in ihre Berufsorganisation den Weg bahnen können, mit dem eigenen Schicksal zu ringen, entflammt zwar die Herzen der Versammelten, damit hat es aber bei den meisten sein Bewenden. Den nächsten Schritt zur Tat, den Anschluß an die Organisation, finden sie nicht. Und wenn einige auch den Beitritt vollziehen, eine Anzahl bleibt immer zurück, die erst mal abwarten will, was der Verband leisten wird.

Leider besteht die übergroße Zahl der heute der Organisation noch Fernstehenden aus solchen energie- und tatenlosen Menschen, die nie auf sich selbst, sondern meist auf die übrigen hoffen. Ihnen fehlt die Wurzel, aus der ihr eigener Entschluß hervortreten kann. Ihr ganzes Auftreten ist zaghaft, ihr Wesen ohne Saft und eigene Beseelung. Sie sind mit allem zufrieden, weil es immer so gewesen ist.

Jenen, die den Ernst der Zeiten nie erkennen, sich nie berufen fühlen, das Schicksal der Menschen durch ihre eigene Kraft mit zu bestimmen, hat Johann Gottlieb Fichte vor über 100 Jahren in seiner 14. Rede an die deutsche Nation mit herzerfrischender Deutlichkeit den Spiegel ihres falschen Tuns vor Augen gehalten. Solche Worte aus berufenem Munde von damals haben sich lebendig gehalten auch für unsere Zeit. Jenen, die heute immer noch ein bißchen warten wollen, ehe sie beitreten, würde Fichte sagen:

„Fasset ihn auf der Stelle, diesen Entschluß. Sagt nicht: laßt uns ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selber komme. Sie wird niemals von selber kommen. Jeder Verzug macht uns nur noch träger und wiegt uns noch tiefer ein in die freundliche Gewöhnung an unsern elenden Zustand.“

Noch weniger als die Zeit, in der Fichte seine Reden hielt, verbringt die heutige und kommende Zeit Bögen und Jagen. Die Zukunft verlangt, daß jeder feste Entschlüsse faßt.

Auch mit unserer kommenden Agitationsarbeit darf nicht gewartet werden. Haben die Ortsverwaltungen eingesehen, daß die Werbearbeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden muß, darf die Ausführung nicht von einem auf den andern Tag verschoben werden. Trotz der geschätzten Schwierigkeiten muß immer wieder versucht werden, an die Wankelmütigen und Unentschlossenen heranzukommen. Die kommenden Wochen müssen Agitationswochen werden! Kommen die Unorganisierten nicht zu uns, so müssen wir zu ihnen gehen. Die Sammlung von Adressen muß beginnen, die Hausagitation muß folgen! Der Vormarsch muß auf der ganzen Linie erfolgen. Mit externer Energie und innerer Befriedigung muß die Agitationsarbeit aufgenommen werden. Je größer die Zahl, desto größer der Erfolg! Ein Glied im großen Ganzen, muß jeder sich doch mit solchem Pflichtbewußtsein erfüllen, als ob es auf ihn allein ankäme. Nur so entsteht jene unbezwingliche Kraft, die es der Arbeiterklasse erlaubt, guten Mutes in die Zukunft zu schauen.

B. Hertwig.

Die schleimmenden Arbeiter.

Vor etwa zwei Jahren haben wir uns an dieser Stelle mit den schriftstellerischen Leistungen eines Herrn J. S. Schütz beschäftigt. Der so benannte Herr hatte eine Broschüre zusammengeschrieben mit dem vielversprechenden Titel: „Die Arbeiterfrage nach dem Kriege.“ In dieser Schrift behandelte er die selbstgestellte Aufgabe in einer Weise, die mit „oberflächlich“ nur sehr unzureichend gekennzeichnet werden kann. Der Zweck seiner Arbeit war fraglos das Bestreben, den Unternehmern gefällig zu sein, den Arbeitern Zufriedenheit zu predigen und nebenher für die katholischen Fachabteilungen oder für die Gelben oder für beide Spielarten unternehmerfreundlicher Arbeiterorganisationen zu werben. Die Schrift wurde damals von zahlreichen Unternehmern sogenannten Lebeszgabenpaketen beigelegt, von andern auch unter der dasheimgebliebenen Arbeitererschaft verteilt. Ihr Zweck trat so plump zu Tage, daß sie den Unternehmern gewiß mehr Nutzen als Nutzen gebracht hat. Sogar die Presse der christlichen Gewerkschaften schüttelte den Schrieb ab, obwohl der Verfasser sich unter unsrer Kritik als ein höherer Würdenträger der katholischen Kirche entpuppte. Wir schrieben damals:

„Der Versuch, den hohen geistlichen Würdenträger der katholischen Kirche in einen simplen J. S. Schütz zu verwandeln — auch der „Professor“ fehlt auf dem Titelblatt — veranlaßt uns, den Verfasser etwas in das Licht zu rücken. Wenn die Arbeiter — unter Umständen, die nicht ganz unüberdächtig sind — mit Ratsschlägen und Ermahnungen überzogen werden, haben sie ein gewisses Recht darauf, zu wissen, woher denn nun eigentlich diese Sturmwind wohlmeinender Gesinnung kommt. Und auch aus andern Erwägungen heraus ist es nicht ganz unwichtig zu wissen, daß hinter dem fast namenlosen J. S. Schütz der durchaus nicht unbekannt katholische Prälat und Gymnasialprofessor a. D. Jakob Hubert Schütz, Verfasser zahlreicher geistlicher und weltlicher Schriften, verborgen wird.“

Die Hauptstärke dieses Herrn lag allerdings bisher in der rein religiösen Literatur. Er hat ein „Gambuch der Marienverehrung“, ein Buch über „Die Geschichte des Rosenkranzes“, ein andres über „Die Bedeutung der Seitenwände Jesu“ und ähnliche Schriften mehr verfaßt. Auch als Dramatiker hat er sich bemüht. Er hat Bühnenstücke für Töchterpensionate geschrieben, deren eines einmal irrtümlich auf Schiller zurückgeführt wurde; nicht des Inhalts wegen, sondern weil es den Titel „Die Mäurer“ führt; allerdings mit der bei Schiller fehlenden Ergänzung: „oder Gottes Wege sind wunderbar“. Auch als Politiker hat der Herr Professor sich wiederholt versucht. In manchen Schriften ist er energig für die Vergrößerung der deutschen Flotte eingetreten; auch über Kolonien hat er ein Werk verfaßt. Auf seinem eigentlichen Gebiet, dem der Pädagogik, hat er auch nicht unfruchtbar schriftstellerisch gewirkt. Endlich hat er auch einige sozialpolitische Werke verfaßt. Vor etwa zehn Jahren ist von ihm ein sehr umfangreiches zweibändiges Werk erschienen unter dem Titel: „Praktische Sozialpolitik“. Es ist sehr schön ausgestattet und sehr teuer. (Der Band kostet 30 Mk., das ganze Werk also 60 Mk.) Leider können wir nicht sagen, daß der Inhalt des Werkes den Umfang oder die Ausstattung, noch gar den Preis rechtfertigt. In der maßgebenden sozialpolitischen Literatur wird das Werk mit jenem Schweigen übergangen, das als die herrliche Form der Kritik gilt.

Nachdem wir den aus durchsichtigen Gründen allzu beschneidenden Herrn unsern Lesern noch einmal vorgestellt haben, teilen wir mit, daß er inzwischen einige weitere Broschüren mit derselben Tendenz und zu demselben Zweck wie die vor zwei Jahren hier besprochene verfaßt hat. Auch diese bietet er den Unternehmern zur Verteilung unter der Arbeitererschaft an. Nicht ohne Erfolg. Es finden sich immer wieder Unternehmer, die da meinen, man könne die Arbeiter mit schleimigen Redensarten einwickeln.

In einer dieser Broschüren nennt der fräule Herr Prälat „das fortgesetzte Hinanschrauben der Löhne“ einen „gemein gefährlichen Wucher“, ohne doch anzugeben, auf welche andre Weise die Arbeiter sich gegen den Preiswucher auch nur einigermaßen schützen können. Eine zweite Broschüre ist den Sprengstoffarbeitern gewidmet. Sie trägt den verheißungsvollen Titel: „Gerechtigkeit und Wahrheit! Sparjamkeit!“ Im Vorwort bekennt er sich selbst wiederholt und entschieden seiner Arbeiterfreundlichkeit — was er gewiß nicht tun würde, wenn er nicht wüßte, daß seine Taten zu dieser Versicherung im Widerspruch stehen. Als Beweis seiner arbeiterfreundlichen Gesinnung beruft er sich auf einen Zeitungsartikel, in dem er denen, „die in früher Morgenstunden hinausfahren in die Pulver- und Geschloßfabriken und in die chemischen Werke“, bestätigt, daß sie den Dank des Vaterlandes verdienen. Jeder stellt er ihnen nicht zugleich den Dank der Unternehmer in Aussicht, vielmehr wertet er gegen diejenigen, die von den hohen Dividenden und Kriegsgewinnen sprechen, um „die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufzuheben“. Das sei um so notwendiger, als doch der Unternehmer „auch die Schattenseiten des Geschäftes, nämlich das Geschäftsrisiko“, allein tragen müsse. Das gerade in der Sprengstoffindustrie die Arbeiterschaft ein viel größeres Risiko zu tragen hat, indem sie täglich und stündlich ihr Leben einsetzt, scheint der fromme Kirchenfürst in seinem Eifer, den Unternehmern zu dienen, ganz zu vergessen.

Der Vorrede folgt das erste Kapitel über die Sparjamkeit. Der Herr Prälat versichert zunächst, daß der Krieg in unserm wirt-

schaftlichen Leben gewaltige Umwälzungen herbeigeführt habe. Geschäftsleute und Fabrikanten „haben jetzt mit den bittersten Schwierigkeiten zu kämpfen“. Andre wieder „hat die Welle des Kriegsglücks hoch gehoben“. Jetzt erwartet man wenigstens einen Hinweis auf die zahlreichen Kriegsgewinner im Lager der Kapitalisten. Aber bewahre, nicht davon ist die Rede. Vielmehr heißt es: „Einen reichen Anteil an diesem Geldsagen hat unsere Arbeiter.“ Gleich folgt dieser unbezagten Behauptung der „Beweis“. Jugendliche Arbeiter verdienen Wochenlöhne von 100 Mk., Arbeiterfamilien gar 1000 Mk. im Monat. Daß mancher Industrielle und mancher Schieber in einer Stunde mehr verdient, wird natürlich nicht erwähnt. Wozu auch!

Dann folgt ein Beispiel für die Verschwendungssucht der jugendlichen Arbeiter. Es ist „wahr und wahrhaftig erlebt“ im Jahres des Weltkrieges 1916. Jemandem — wo, wird nicht mitgeteilt — kommt ein Lehrer „müde und abgespannt nach fünf Stunden Unterricht“ an den Köben einer Höckerfrau vorbei, die Pfirsiche, das Stück zu 2 Mk., feilbietet. Der Lehrer verzichtet. Dann kommt „ein blutjunger Burtsche in Arbeitskleidung, die Zigarette im Mundwinkel“, und kauft zwei Pfirsiche à 2 Mk. Schrecklich, nicht wahr! Wie kann der Proletarierjüngling, der vielleicht kaum 12 Stunden am Tage seine übererschüssigen Kräfte beim Granatenjhrubben übt, auch Pfirsiche essen wollen, die doch für die armen Reichen bestimmt sind, die sonst keine Abwechslung in ihrem Leben haben. Nebenbei: wir wüßten gern, wo die Höckerfrauen auf den Straßen Pfirsiche zu 2 Mk. das Stück feilhaltenen.

Ein andres Beispiel. Auch „wahr und wahrhaftig erlebt“. Wissen Sie, wer jetzt täglich Stammgast bei K. ist? (ein weiter Bekannter. Denken Sie, die Arbeiter (und nun nannte er sechs Namen aus einer Sprengstoffabrik). So wie sie aus der Arbeit kommen, sitzen sie da, in ihren blauen Blusen, und der Wirt hat mir versichert, daß sie zu keinen allerbesten Säften zählen. Kraupern gäbe es bei denen nicht. Auch der Kellerer habe Stamms gemeint, das Geld schiene bei den Herren keine Rolle zu spielen. Es sei auch sehr interessant, ihnen zuzuhören; sonst würde hier in dem feinen Lokal immer so leise gesprochen; aber die Herren verstimme man über sechs Tische weg. Neulich habe mal einer eine Rede gehalten, da habe es ungefähr so geheißen:

„Die Arbeit, die wir jetzt in der Sprengstoffabrik leisten, ist so anstrengend und aufreibend, wir müssen herant schäufen, daß es nur recht und billig ist, wenn wir es uns in unserer freien Zeit so recht antun. Und ein gutes Essen und ein feiner Tropfen ist ja jetzt noch das Einzige, was einem vom Leben übrig bleibt. Freilich ist's beschränkt teuer in so einem feinen Lokal; aber wir haben ja Geld genug, viel mehr als wir brauchen. Also bereiten und betrinken wir's!“

„Ich hab' meinem Veschken gestern einen Gut für vierzig Mark gekauft!“ habe einer gerufen. „Und meine Alte trägt am Sonntag jedene Strümpfe“, ein zweiter. Und ein dritter: „Ich hab' mir neulich — so hinten herum, Auslandsware, wußt ihr — 3 Pfund Butter beschafft, 8 Mark das Pfund und Schinken zu 12 Mark.“

„Das mußt du uns beraten! Die Querte wollen wir auch wissen, du oder Schlemmer“, seien sie alle auf ihn eingestürzt und hätten ihre Notizbücher gezogen, die Köpfe zusammengesteckt und eifrig Entzungen gemacht.“

Der Herr Prälat versichert noch, daß seien „ziemlich bekannte Begebenheiten“, die er nur „den verschwenderrischen Arbeitern zum abschreckenden Beispiel“ noch einmal hergeschriebe habe. Treuherzig versichert er denn auch, daß seine Beispiele nur „traurige Ausnahmen des ehrbaren Arbeiterstandes“ seien. Aber gerade diese Ausnahmen will er Sparjamkeit predigen. Wir sind nun allerdings der Meinung, daß es in Deutschland Kreise gibt, in denen die Verschwendungssucht nicht eine seltene Ausnahme, sondern die allgemeine Regel ist, denen also die Mahnung zur Sparjamkeit noch dienlicher wäre, als den Sprengstoffarbeitern. Wie kommt es z. B., daß der Herr für die millionenschweren Sprengstoffunternehmer sein Wort des Tadels aufbringt, deren Frauen gewiß nicht nur Sonntags jedene Strümpfe tragen, die ihre Butter- und Schinkenquellen nicht erst in den Kneipen sammeln, deren Töchter für eine Nachtheube oft mehr aufwenden, als eine Arbeiterin für ihren ganzen Sonntagstaat.

In einer Fußnote gibt der Herr dann die Aufstellung einer Sprengstoffabrik über die von ihr gezahlten Löhne wieder. Danach beträgt der Durchschnitts verdient der männlichen Arbeiter 300 bis 330 Mk. im Monat, also 75 bis 80 Mk. die Woche. Dazu wird angeblich noch eine „Familienzulage“ und für auswärtig Wohnende eine „Kriegsunterkunftschädigung“ gezahlt. Die Arbeiter erhalten nun aber in der Fabrik ein Mittagessen zu 70 Pf., diese Morgens- und Abendsuppen zu je 20 und Unterkunft für 20 bis 30 Pf. pro Tag.

„Es hat also“ — so heißt es in dem Bericht der Sprengstoffabrik — jeder Arbeiter Gelegenheit, seinen vollständigen Lebensunterhalt im Monat für seine Person mit etwa 60 Mk. zu bestreiten. Die Differenz in der Höhe von 250 Mk. zwischen den Ausgaben seines Selbstbedarfs und dem Gesamteinkommen kann er als unverheirateter Mann als Spargeld zurücklegen. Als verheirateter Arbeiter mit Familie erhält er ja noch die oben genannte Kriegsfamilienzulage bzw. Unterhaltungsschädigung. Mittels dieser Zulagen ist es ihm möglich, die Kosten seines eigenen Unterhalts zu decken und sein Gesamtverdienst seiner Familie zukommen zu lassen.“

Diese Aufrechnung ist so dumm, daß wir beinahe glauben, sie stammt nicht aus dem Bureau einer Sprengstofffabrik, sondern aus dem Hirn eines weltfremden Kirchenmenschen. Wer auch nur ein wenig nachdenkt, muß einsehen, daß der Arbeiter mit den zwei "dicken Suppen" und dem 70-Pf.-Mittagessen nicht einmal die Bürde eines Prälaten tragen, geschweige denn die Arbeit in einem Sprengstoffbetriebe leisten kann. Er muß Lebensmittel zukaufen, und die sind sehr, sehr teuer. Der Arbeiter muß ferner Kleidung haben und Stiefel, und er hat schließlich ab und zu einmal das Bedürfnis, nicht nur Arbeitsmaschine, sondern auch Mensch zu sein. Vielleicht stellt er seinen begehrliehen Sinn nicht auf Pfirsiche für sich oder seidene Strümpfe für seine Frau. Aber auch weniger ausschweifender Luxus kostet Geld. Die Arbeiter, die mit drei Fabrikmehlsorten das Leben fristen und in einem 20-Pf.-Quartier den Körper betten — die mag ein berechnender Unternehmer preisen und ein gefälliger Prälat bewundern, für uns sind es nur Narren, die nicht wissen, was sie tun. Wenn Deutschland nur Arbeiter dieses Schlages hätte, nein, wenn es auch nur einen nennenswerten Bruchteil davon hätte, so wäre es schlecht um uns bestellt. Das ist so hausbacken wahr, daß selbst ein weltfremder Prälat es begreifen muß, wenn er den ernstlichen Willen dazu hat und nicht — durch Rücksichten mancherlei Art gebunden ist.

Was der Herr den Sprengstoffarbeitern sonst noch zu sagen hat, ist — man verzeihe das Wort —: Stuß. Es sind ölige, schleimige Phrasen, kindlich-naive oder großväterlich-abgedroschene Redensarten. Den Schluß bildet ein Vorstoß gegen die Friedensresolution des Reichstags. Sie gefällt dem Herrn Prälaten nicht. Er nennt die Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens „Friedensschwäger“, die mit ihrem Friedensgeschwätz nur den Krieg verlängern. Der „Verzichtsfriede“ ist ihm ein Gräuelpfeil. Schweigen, Durchhalten und Beten ist „das allerbeste, was wir tun können“. Daneben aber sollen wir des Herrn Prälaten „gütgemeinte Ratsschläge in bezug auf Sparsamkeit“ befolgen und die nicht minder gut gemeinten „Wünsche in bezug auf friedliches Zusammenarbeiten von den einzelnen Parteien und Ständen“ befolgen. Endlich aber muß — und das ist des Pudels Kern — „der Aufruf der Deutschen Vaterlandspartei“ beachtet werden.

Es ist ziemlich viel Unfug in den 16 Seiten der Broschüre zusammengetragen. So viel, daß man selbst bei größtmöglicher Vorsicht gegen die Vernunft kein Gefühl des Aergers mehr aufbringt, sondern nur ein Lächeln des Mitleids. Deshalb lassen wir auch die Zumutung an die Arbeiterklasse, sie solle den Aufruf der Vaterlandspartei beachten, nicht als eine Beleidigung auf, sondern nur als unfreiwilligen Scherz eines Menschen, der vielleicht nicht einmal weiß, wie unfauber das Geschäft ist, in dessen Dienst er sich gestellt hat.

@@@ Aus der Industrie @@@

Das Schlachtfeld der Arbeit.

Eine zeitgemäße Predigt.

Die „Aheim Ztg.“ schreibt: Der politische Massenstreik, den wir kürzlich erlebten, hat in manchen Zeitungen wieder einmal die verheerendsten Urteile über die Lage der Rüstungsarbeiter zutage gefördert. Man las recht viel von hohen Löhnen und in Feldbriefen von „warmen Betten“, aber nirgends fand man einen Hinweis, wie die „enormen“ Löhne verdient, mit welchen Opfern an Lebenskraft diese Entlohnung erkauft wird, die trotz alledem bei der jetzigen Teuerung nur ein Mindestmaß für das Dasein gestattet. Hören wir deshalb, was ein Kölner Pfarrer,

Herr Dr. Engelhardt von der evangelischen Gemeinde in Köln-Endenbach, in seinen „Kriegsbildern aus einer rheinischen Großstadt“ sagt. Herr Engelhardt wollte damit pommerischen Bauern des Herz warm machen für die Not in der Großstadt. Aber auch in der Großstadt selbst gibt es noch verstockte Herzen genug. Also:

Gehen wir nun in die Werkstätten, wo unsere Leute arbeiten, wo sie ihr Brot verdienen, sehen wir uns dieses Bild an, sehen wir was vor allem an unsere Volksgenossen, die in dem Wald von Schloten und Öfen als Schmelz- und Schmelzarbeiter in unserer Rüstungsindustrie tätig sind.

Teils schreien sie in Hallen, wo dauernd geschmiedet und geschliffen wird, wo immer dem Donner der Maschinen und dem Klattern der Walzenwerke gleich ein Lärm, gleich ein Charivari entsteht, daß man hauptsächlich sein eigen Wort nicht mehr hört, daß viele von denen, die hier dauernd weilen müssen, ihr Gehör verlieren und taub werden.

Teils arbeiten sie in Räumen, die giftige Gase befeuchten, gleich verpesteter Luft, gleich schwebender Dünste, daß sie uns wie ein Giftgas vorzukommen, daß es uns, wenn wir für einen Augenblick hinausgehen, sofort huanzspürt und wir nicht be-

greifen, wie Menschen vom frühen Morgen bis zum späten Abend hier sein können, aber wohl begreifen, daß dieselben mit gelben Haaren, bleichen, oft mit Ausschlag und Geschwüren bedeckten Gesichtern wie schleichende Schatten dahinschwanken. Dabei sind sie in steter Todesgefahr, jeder Gang in die Fabrik kann ihr Gang zum Tod werden; denn immer wieder entstehen schauerhafte Unglücksfälle, viel mehr als wir erfahren, erfahren dürfen — Explosionen, wo Hunderte von Menschen zugrunde gehen, wo zerfetzte Menschenleiber herumliegen, wo, wie der Leutnant eines Wertes, das ich neulich besuchte, mir erklärte, daß er Menschengehirne in die Hand bekomme.

Opfer fallen hier, Weber Lamm noch Stier, Aber Menschenopfer unerhört.

Teils arbeiten die Schmelzarbeiter, oder besser Schmelzarbeiter, in Hallen, wo die feurigen Hochöfen sind, wo glühende Eisenmassen aus dem geöffneten Ofen wie tosende Wasser den Wasserfall hinunterstürzen — ein Bach mit einer Art natürlicher Unerlöschlichkeit, wie aus einem geträumten Jenseits voll unfagbar glänzender Glut. Die glühenden Stahlstücke wandern durch die Hallen, kommen unter die Eisenhämmer, weithin sprühen die Funken, ein Sprühregen, ein imposantes, aber gefährliches Schauspiel: ein einziger Funke in das Auge des Arbeiters, und es ist verloren! Ein Schritt in diesen Eisenbach, und er bedeutet den Tod! In diesen Hallen, wo die Glutmassen eine brennende, sengende und siedende Hitze verbreiten, haften und packen die Arbeiter die feurigen Blöcke, halb nackt, in Schweiß gebadet, abgezehrt, bleich und blaß! In dieser Hölle, aus der wir möglichst rasch wieder herauszukommen suchen, arbeiten sie 10, 12, ja oft 14 Stunden.

Wahrlich, wenn man die Möglichkeit, leben zu dürfen, mit solch teurem Preis erkaufen muß, dann kann man sich fragen, ob nicht der Preis zu hoch ist für das Leben selbst! Kein Wunder, wenn diese Leute müde und schwach werden, wenn ihre Kraft und Arbeitslust erlahmen, wenn manche von ihnen erklären: „Ich soll Tag und Nacht arbeiten und soll nicht reichlich genug zu essen haben?“ Diese Schmelzarbeiter brauchen Fett, Butter, vor allem Kartoffeln, damit sie arbeiten können, damit sie arbeiten mögen. Helft mit, liebe Freunde, daß dieses Notwendigste ihnen zuteil wird!

Teils verrichten sie Arbeitsleistungen, die weit über ihre Kraft sind, und dies oft bei magerer, fettloser Kost. Viel an Kraft wird vorausgibt, wenig an Nahrungskraft wird eingenommen: so überschreitet die Ausgabe teils die Einnahme und, wie immer in solchen Fällen, tritt ein Bankrott ein, hier der Bankrott der Gesundheit. Ich war kurz vor meiner Reise hierher in der Geschloßfabrik in da werden in einer Nacht 26 Waggons von 20 Leuten geladen. Es sind lauter blutjunge Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren. Die Arbeit übersteigt weit ihre Leistungskraft. (Ich habe selbst eine Granate getragen, ich kann sagen: mehr als drei bräuchte ich nicht in den Wagen, und dabei sehe ich doch gewiß nicht schwach aus.) So ist es kein Wunder, daß immer einige zusammenbrechen. Der mich führende Offizier erzählte, daß gerade in der Nacht vorher wieder zwei zusammenbrachen, einer am Blutsturz. Ganz sicherlich treiben wir Raubbau mit der Gesundheit dieser Jünglinge.

Keramische Industrie

Zwangsorganisation in der Ziegelindustrie?

In der Ziegelindustrie werden seit einigen Monaten Verhandlungen geführt zu dem Zweck, einen zwangsweisen Zusammenschluß aller Ziegeleien vorzubereiten. Ursprünglich wurde erwogen, ob es nicht möglich sei, die Unternehmer zu einer freiwilligen Organisation zusammenzuführen; das wurde jedoch nach eingehender Beratung verneint. Seitdem arbeitet man an einer Vorlage für die Zwangsorganisation. Die Verhandlungen werden geführt von den Vorständen des Verbandes deutscher Tonindustrieller und des Verbandes deutscher Ziegelverkaufsbereinigungen. Neben Vertretern der Ziegelindustrie nehmen auch solche des Baugewerbes daran teil. Auch die Regierung ist vertreten.

Das Replikat der Verhandlungen wurde zunächst geheim gehalten. Die Verhandlungen waren „streng vertraulich“, den Teilnehmern wurde Schweigepflicht auferlegt. Das hinderte natürlich nicht, daß über die Tätigkeit der verhandelnden Körperschaft trotzdem Berichte bekannt wurden. In Nr. 8 (1918) der „Tonindustriezeitung“ übte ein Herr Victor (Pösch) an der Art und dem Ergebnis der Beratungen lebhafteste Kritik unter ausführlicher Bekanngabe der für den Zusammenschluß vereinbarten Grundlagen. Ueber diesen „Vertrauensbruch“ — der nicht Herrn Victor zur Last fällt, denn der hat an den Beratungen nicht selber teilgenommen — gab es zunächst lebhafteste Entrüstung. Dann wurde mitgeteilt, daß die Kritik des Herrn Victor daneben gehe, weil sie sich nicht auf den tatsächlich vereinbarten, sondern auf einen

Entwurf stütze. In den Nummern 21 und 22 der „Tonindustriezeitung“ legt sich der Kritiker mit den Einwänden gegen seine Kritik auseinander und skizziert zugleich den nunmehr fertiggestellten endgültigen Entwurf. Da uns nicht daran liegt, über den Streit der Unternehmer hier eingehend zu berichten, übergehen wir die Einzelheiten der Auseinandersetzung in der Unternehmerpresse und beschränken uns auf die Wiedergabe der hauptsächlichsten Richtlinien, die für den zwangsweisen Zusammenschluß der Ziegeleien ausgearbeitet worden sind.

Die gesamte Regelung der Ziegeleierzeugung soll einem Verein der deutschen Mauersteinindustrie übertragen werden. Die Satzung für diesen Verein soll vom Reichsstaatskanzler erlassen werden (ausgearbeitet wird sie bzw. ist sie natürlich von den Unternehmern, der Reichsstaatskanzler „erklärt“ sie nur, um den Bestimmungen die zwingende Kraft zu geben). Zur Leitung des Vereins wird in Berlin ein Hauptauschuß gebildet, dem Bezirksauschüsse zur Seite stehen.

Die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Ziegeleien aller Art ist einer Genehmigung unterworfen. Auch Betriebe, die seit dem 1. Januar 1912 oder länger ruhen, dürfen nur mit Genehmigung wieder eröffnet werden. Zur Entscheidung über die Zulassung neuer, neu eröffneter oder erweiterter Betriebe wird ein Genehmigungsausschuß gebildet, der aus 30 Mitgliedern besteht. Diese 30 Mitglieder beruft der Reichsstaatskanzler aus den Kreisen von Industrie, Handel und Verbrauchern. Den Vorsitz darin führt ein vom Reichsstaatskanzler zu ernennender Regierungsbevollmächtigter.

Besonders bemerkenswert ist es, daß nicht nur in diesem Genehmigungsausschuß, sondern auch in den Verwaltungsausschüssen aller Art neben den Ziegeleibesitzern auch die Händler und die Ziegelverbraucher Sitz und Stimme haben. Der Verband vereinigter Baumaterialienhändler und der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe stellen zusammen ebensoviel Vertreter für den Hauptauschuß wie die Ziegeleibesitzer. Auch in den Unterausschüssen sind sie mit gleichen Rechten vertreten.

Für einzelne Gebiete des Reiches werden Verkaufsgesellschaften gebildet, denen die Regelung der Preise und Lieferungsbedingungen für ihren Kreis obliegt. Den Verkaufsgesellschaften eines größeren Bezirkes werden Bezirksausschüsse übergeordnet, denen jene ihre Beschlüsse zu unterbreiten haben. Diese Bezirksauschüsse regeln alle „für den Bezirk sich ergebenden und die gemeinsamen Interessen von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern berührenden Fragen“. Alle diese Ausschüsse sind von Vertretern der Ziegelindustrie, des Baumaterialienhandels und der Verbraucher gemeinsam gebildet, und zwar so, daß immer die Industrie die eine Hälfte, Händler und Verbraucher zusammen die andre Hälfte der Teilnehmer stellen. Der Vorsitzende soll keiner Bereinigung angehören, also unparteiisch sein. Weitere Einzelheiten des Entwurfs sind uns zur Zeit nicht bekannt. Insbesondere wissen wir nicht, ob die Unternehmer versuchen, auch ihre in früheren Verträgen häufig mitgeregelte „Streithilfe“ auch auf die Zwangsorganisation zu übertragen. Vielleicht geschieht das nicht in der früheren plumpen Form, daß bei Streiks die Lieferung einfach eingestellt wurde, oder daß die Ziegeleibesitzer bestimmte Summen in die Streiklassen des Baugewerbes zahlten, so doch in der weniger verhänglichen, daß die organisierten Bauunternehmer bestimmte Vergünstigungen bei der Preisbemessung erhalten. Doch, warten wir das ab.

Die Kritik des Herrn Victor an dem Entwurf richtet sich hauptsächlich gegen die Mitbeteiligung der Händler und Verbraucher an der Leitung des geforderten Zwangsinstituts. Vom Standpunkt der Ziegeleibesitzer fraglos mit Recht. Bisher war es noch nicht üblich, daß eine Unternehmerorganisation Vertreter der Verbraucher ihrer Erzeugnisse in ihre Verwaltung herübernahm. Denn zwischen Erzeugern und Verbrauchern besteht unlegbar ein Gegensatz der Interessen. Die Erzeuger haben das Bestreben, hohe Preise zu erzielen, die Verbraucher wollen zu möglichst niedrigen Preisen einkaufen. Gerade in der Baustoffindustrie ist dieser Interessengegensatz wiederholt scharf hervorgetreten. Die Vereinigungen des Baugewerbes haben schon mehrfach in Eingaben von der Regierung Schutz gegen zu hohe Preise der Baumaterialien gefordert. Allerdings weniger gegen hohe Ziegelpreise als gegen die Steigerung der Zementpreise. Immerhin besteht sachlich der Gegensatz auch im Verhältnis zu den Ziegeleierzeugnissen. Es könnte also tatsächlich verwunderlich erscheinen, daß die Ziegeleibesitzer ihre Abnehmer mit über die Preise ihrer Erzeugnisse bestimmen lassen wollen.

Wahrscheinlich ist die Haltung der Ziegeleibesitzer von rein tatsächlichen Erwägungen diktiert. Sie wollen möglichst weite Kreise für ihre Forderungen gewinnen, möglichst viel Widerstände ausschalten, und haben deshalb gerade die Kreise, von denen gegen eine einseitige Preisfestsetzung der schärfste Widerspruch zu erwarten war, für sich zu gewinnen versucht. Das war natürlich nicht ohne

Technik und Arbeiter.

Die Erzeugung der menschlichen Organismen, zur Ernährung, zum Schutz gegen die Wirkungen der Strahlung und Wärmehaushalt, ist kein der Natur durch keine Einwirkung zu einer gewissen Unabhängigkeit und Lebensdauer fähig. Die Natur hat sich zu verzögern oder die Schme von den wilden Tieren zu entfernen, gelangte zu menschlicher Art, die Hand, die zuerst nicht immer allein, er erbaute, daß die menschliche Hand durch die Umfassung eines Stabes von Holz, Stein oder Eisen eine Verankerung erlangt; die Hand wurde dadurch zu einem wirklichen Greiforgan oder Werkzeug: zum Hammer, zur Säge oder auch zur Schere. Die Technik ist mit dem Leben und der menschlichen Entwicklung des Organismus eng verbunden, wobei von dem einfachsten Stein bis zur Dynamomaschine und den modernsten Instrumenten ein ununterbrochener Fortschritt war. Wenn in diesem Zusammenhang die Technik als eine Anpassung an die Bedürfnisse der Produktion erklärt wird, so ist dies nicht nur sehr wenig damit gemeint, daß der Mensch, so wie auch die Tiere, sich an die Umwelt anpasst, sondern die menschliche Technik hat als eine Anpassung an die Bedürfnisse der Produktion zu verstehen. Die menschliche Technik hat sich an die Bedürfnisse der Produktion angepasst, wobei auch die menschliche Technik als eine Anpassung an die Bedürfnisse der Produktion zu verstehen ist. Die menschliche Technik hat sich an die Bedürfnisse der Produktion angepasst, wobei auch die menschliche Technik als eine Anpassung an die Bedürfnisse der Produktion zu verstehen ist.

Die Natur ist die große Lehrmeisterin der wissenschaftlichen Technik. Die Kenntnis der Naturkräfte und die Gesetzmäßigkeit der unter ihrem Einfluß sich abspielenden Vorgänge sind die Grundlagen der wissenschaftlichen Technik und Fortschritt. In gleichmäßiger Richtung mit der Entwicklung der Naturwissenschaften geht das Fortschreiten der Menschheit, der Physik und Chemie, wobei im weiteren die Mechanik, die Wissenschaft von den Gesetzen des Beweglichen (Stoff) und der Bewegung der Körper (Dynamik) in Betracht kommt. In der Technik ist die Mechanik die Grundlage, gleich Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsleistung. Die Erkenntnis bezieht in Uebereinstimmung mit der Erfahrung, daß durch eine gewisse Arbeit eine gleich große lebendige Kraft erzeugt und andererseits, daß durch eine gewisse lebendige Kraft eine gleich große Arbeit geleistet werden kann, wonach wir in lebendiger Kraft eine erste Ursache von mechanischer Arbeit haben. Dieses von Robert Kepler im Jahre 1842 aufgestellte Prinzip wurde 1847 von Hermann Helmholtz mathematisch begründet, der dadurch die mechanische Energieerzeugung erweitere. Die Mechanik, die Größentheorie (durch Raum- und Zeitbegrenzung), ist einer der Hauptpfeiler der Technik. Helmholtz begründete, daß nach dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft der Verlust an Arbeitsvermögen oder Energie in einer Gesamtmenge, die irgendwo verloren geht, an einer andern Stelle wieder erscheinen muß. Dabei sind mechanische Wärme, Licht, Elektrizität, Magnetismus und chemische Arbeitsvermögen lediglich verschiedene Erscheinungsformen des Schalls, die gegeneinander umgewandelt werden. So wird beispielsweise Wärme in mechanische Arbeit umgewandelt, durch die Dynamomaschine mechanische Arbeit in Elektrizität, welche sich wieder in Licht, Wärme, Magnetismus und in chemische Vorgänge oder in mechanische Arbeit umwandeln läßt. Dasselbe läßt sich sehr nahe liegend auch von der Dampfmaschine sagen, wodurch das Prinzip der Dampf- und Kraftmaschinen zur mechanischen Arbeit erzeugt wird. Durch die sich fortsetzende erweiterte Kenntnis der natürlichen Kräfte und Stoffe vereint die Technik die Natur der theoretischen und praktischen Kräfte bei der Pro-

duktion von Bedürfnisgegenständen. Wobei im weiteren vom Mittelalter bis zur jetzigen Zeit durch Förderung der technischen Bildung und besonders im 19. Jahrhundert durch die technischen Mittel- und Hochschulen, technische Berufs- und Prüfungsanstalten, das speziellere konstruktive Wissen oder die Konstruktionslehre, wie zur Maschinen- und Bautechnik, bis zur Technik der feinsten Präzisionswerke entwickelt wurde. Zu dem geschichtlichen Übergang der Maschinenkunde gibt auch Karl Marx in seinem „Kapital“ einige wertvolle Ausführungen; es heißt da: „Die Manufakturperiode, welche Verminderung der zur Warenproduktion notwendigen Arbeitszeit bald als bewußtes Prinzip auspricht, entwickelt sporadisch (einzeln, zerstreut) auch den Gebrauch von Maschinen, namentlich für gewisse einfache erste Prozesse, die massenhaft und mit großem Kraftaufwand auszuführen sind. So zum Beispiel in der Papiermanufaktur das Zerhacken der Lumpen durch Papiermühlen und in der Herstellung von Metallen das Zerstoßen der Erze durch sogenannte Rodmühlen. Die ursprüngliche Form aller Maschinen hatte das römische Kaiserreich überliefert in der Wassermühle. Die Handwerksperiode vermachte die großen Erfindungen des Kompasses, des Pulvers, der Buchdruckerkunst und der automatisch (durch ein Getriebe) bewegten Uhr. Sehr wichtig wird diese sporadische Anwendung der Maschinen im 17. Jahrhundert, weil sie den großen Mathematikern jener Zeit praktische Anhaltspunkte und Reizmittel zur Schöpfung der modernen Mechanik bot. Die besondere Mechanik der Manufakturperiode bleibt der aus vielen Teilarbeitern kombinierte Gesamtarbeiter selbst.“ Und recht treffend wird an einer andern Stelle gesagt: „Die große Industrie zerfällt in die Schleiher, der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozess verdeckte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozess, an und für sich und zunächst ohne Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, ist die ganz moderne Wissenschaft der Technologie. Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als endgültig.“

Opfer zu erreichen. Die Zustimmung der Bauunternehmer war anders gar nicht zu erreichen als durch entsprechende Garantien gegen willkürliche Preisfestsetzungen. Ob die Ziegeleibitzer die Zustimmung der Bauunternehmer nicht zu teuer erkauft haben, ob sie nicht gerade den eigentlichen Zweck ihres Strebens nach einer geschlossenen Organisation durch den Verzicht auf die einseitige Festlegung der Preise von vornherein preisgegeben haben, das ist eine Frage, die sich erst entscheiden wird, wenn die Probe aufs Exempel gemacht ist. Bei früheren Verträgen haben sich allerdings die Bauunternehmer immer als die Schwächeren erwiesen; ob das auch diesmal der Fall ist, entzieht sich, wie gesagt, unserm Urteil.

Vielleicht war aber auch die Rücksicht auf die von den Bauunternehmern befürchteten Widerstände nicht die einzige Veranlassung für die Ziegeleibitzer, auf die selbstherrliche Preisfestlegung zu verzichten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Vertreter der Regierung Sicherungen gefordert haben gegen willkürliche Bemessung der Preise für Baustoffe. Es ist zu befürchten, daß die nach dem Kriege voraussichtlich einsetzende Wohnungsnot ohnehin durch Mangel an Baumaterialien verschärft wird. Würde eine mit allen Machtmitteln ausgestattete Zwangsorganisation dann einseitig die Preise für den wichtigsten Baustoff diktieren können, so hätte das unter Umständen üble Folgen. Um dagegen Sicherheit zu haben, kann sehr wohl auch die Regierung zur Berücksichtigung der Verbraucherinteressen gedrängt haben.

Bis jetzt handelt es sich, wie ausdrücklich noch einmal bemerkt sei, nur um einen Entwurf, der von den Unternehmern ausgearbeitet und der Regierung als Vorschlag übermittelt wurde. Wir nehmen an, daß zu den endgültigen Beratungen auch Vertreter der Arbeiterschaft zugezogen werden. Denn ohne Frage sind die Arbeiter mindestens ebenso sehr wie die Händler und die Bauunternehmer an dem Gang der Verhandlungen interessiert wie an den endgültigen Beschlüssen, die in dieser Angelegenheit gefaßt werden. Die Regierung hat zwar bisher die Arbeiter bei der Erledigung solcher Fragen fast immer ganz oder nahezu ausgeschaltet; das ist jedoch kein Grund, auch in diesem Falle nach dem alten unbewährten Rezept zu verfahren.

Papier-Industrie

Herrenmenschchen.

Der „Burgfriede“ ist zu Ende. Wilder als je zuvor toben die politischen Kämpfe und schärfer als in den Friedensjahren machen sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Bestrebungen zur einseitigen Beeinflussung der Wirtschaftslage bei den Unternehmern geltend. Für die Unternehmer hat der „Burgfriede“ eigentlich während der ganzen Kriegszeit noch keine besondere Bedeutung gehabt; sie haben schärfer als zur Friedenszeit den Kampf um höhere Preise geführt. Rücksichtslos haben sie ihren Abnehmern die Preise diktiert, und selbst bei jenen Artikeln, für die vom Vater Staat Höchstpreise festgesetzt wurden, haben sie ihre Rechnung gefunden. Konnten sie nicht durch diktatorisches Auftreten die Preise erhöhen oder auf Umwegen Preiserhöhungen durchsetzen, dann haben sie sich nicht gescheut, selbst den Regierungsinstanzen die Pistole auf die Brust zu setzen und ihnen mit dem Produktionsstreik zu drohen, wenn die Höchstpreise nicht nach ihrem Geschmack geregelt wurden. Die öffentliche Drohung der Spinnpapierfabrikanten mit Einschränkung der Erzeugung und „Uebergang zu besser bezahlten Papierforten“ beweist zur Genüge, daß manche dieser Herren sich trotz aller Kriegsnöte, in der das Vaterland sich befindet, nicht gescheut hätten, auch den Streik zur Erzielung ihrer Wünsche zur Anwendung zu bringen.

Genau so sind diese Herren auch gegenüber den Forderungen ihrer Arbeiterschaft verfahren. Wir haben wiederholt im „Proletarier“ auf das Auftreten einzelner Unternehmer der oben genannten Art hingewiesen und wollen auf eine Wiederholung der Eingelsfälle, die bis in die jüngste Zeit hineinragen, verzichten, obwohl eine nochmalige Aufführung zur Gedächtnisauffrischung der Unternehmer nichts schaden könnte. Dafür werden wir einige Erfahrungen zum besten geben, die der christliche Fabrikarbeiterverband, der die Organisation der „christlich und national denkenden“ Arbeiterschaft auf seine Fahne geschrieben hat und der oftmals von pfiffigen Unternehmern den bösen Buben vom „roten Fabrikarbeiterverband“ vorgezogen wurde, während der letzten Zeit mit den Papierfabrikanten gemacht hat.

Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ der christlichen Fabrikarbeiter, bringt in Nr. 3 einige Fälle von Unternehmerrassismus, wie sie uns ha d alle Tage begegnen, die wir aber deswaggen anführen, weil sie von „christlichen“ Unternehmern gegen „christliche“ Arbeiter zur Anwendung gebracht werden. In der Papierfabrik von Krämer in Scheer a. D. hatte der christliche Verband Lohnforderungen eingereicht, die von der Firma damit beantwortet wurden, daß eine Erhöhung der Löhne an die Bedingung geknüpft wurde, daß die Arbeiter dem Verbands den Rücken fehren. Vor dem württembergischen Kriegsministerium dieserhalb zur Rede gestellt, wollte der Fabrikant, nach alter Unternehmerpraxis, davon nichts wissen. Die „Gewerkschaftsstimme“ berichtet darüber: „Dem Fabrikanten Krämer muß dieses Handwert immerhin zu „dreidig“ gewesen sein, denn dem königlich württembergischen Kriegsministerium gegenüber verhielt er alle Schuld auf den Werkführer abzuwälzen. Ihm selbst war absolut nichts bekannt.“

Am gleichen Orte befindet sich die Papierfabrik Schaal, bei der der christliche Verband ebenfalls Forderungen einreichte, die von der Firma mit der Begründung abgelehnt wurden, daß sie ihrer Arbeiterschaft selbst entgegenkäme. Sehr bezeichnend heißt es dann in der „Gewerkschaftsstimme“: „Eine persönliche Aussprache mußte mit Rücksicht auf die eigenümliche Auffassung über die allgemeinen Verhältnisse und Anspruchsitten des Herrn Fabrikanten Schaal ebenfalls ergebnislos verlaufen.“ Die Berechtigung dieses Wortwurfs können wir natürlich nicht nachprüfen. Wie die „Gewerkschaftsstimme“ noch mitteilt, entließ der Unternehmer Schaal den Vertrauensmann des christlichen Verbandes, nachdem die Lohnfrage beim Schiedsgericht anhängig gemacht wurde. Ferner teilt das Blatt mit: „Ein von dem zuständigen Bezirksleiter des Verbandes im weiteren Verlauf der Sache an den genannten Arbeiter gerichteter Brief, der allerdings nicht von Schiedsleitern gegenüber dem Fabrikanten handelte, wurde von Herrn Schaal unachtsamgerweise sich angeeignet. Dagegen sollen Briefe des Schiedsrichters an die Arbeiterschaft der Firma von der Firma

zurückgehalten worden sein.“ Das alles sind Anschuldigungen, deren Nachprüfung notwendig erscheint. Dasselbe rücksichtslose Vorgehen stellte auch der Papierfabrikant Böhler in Döberitz die Forderungen des christlichen Verbandes gegenüber. Herr Böhler griff zur alten Taktik aus der Friedenszeit und berief eine Versammlung der Arbeiter in seinem Betriebe ein. In derselben drohte er mit Betriebsstilllegung und erreichte so den Austritt seiner Arbeiter aus der christlichen Organisation.

Wir bitten, wie schon bemerkt, die Serie dieser Herrenmenschchen noch um ein beträchtliches aus unserer Sammelmappe vermehren. Doch dürften die von der christlichen Organisation angeführten Fälle schon vollkommen genügen, um die burgfriedliche Geminnung dieser Herrschaften zu kennzeichnen. Brutal und rücksichtslos in der Vertretung ihrer Interessen, gestehen sie dasselbe Recht ihrer Arbeiterschaft nicht zu. Vor einigen Tagen schrieb noch die „Papierzeitung“ frohlockend, daß die politischen Streiks unter der Papierarbeiterschaft keine Anhänger gefunden hätten. Dieses Verdienst gebührt aber einem großen Teil der Papierfabrikanten sicherlich nicht. Nach den angeführten Praktiken der Papierfabrikanten gegenüber der aufstrebenden Arbeiterschaft brauchte man sich wirklich nicht zu wundern, wenn dieser auch der Geduldsfaden einmal reißen würde und der Unwille über die brutale Behandlung durch ihre Unternehmer und deren Trabanten in wirtschaftlichen Ausständen Ausdruck fände. Dann spielen natürlich die Unternehmer die Unschuldsengel und schimpfen über die vaterlandslosen Gesellen, über die Vaterlandsverräter, die ihre eigenen Interessen über das Wohl der Allgemeinheit stellen, obwohl die Arbeiter in einem solchen Falle nur die unberechtigte Drohung der Spinnpapierfabrikanten in der Wahrung berechtigter Interessen in die Tat umgesetzt hätten. Kein rechtlich denkender Mensch wird es der Arbeiterschaft verübeln können, daß sie auch während der Kriegszeit für die unerschämte hoch gestiegenen Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel einen Ausgleich durch Wohnerrhöhungen sucht. Desto mehr wird man die Mächtigkeiten gewisser Unternehmer verurteilen müssen, die durch ihr brutales Auftreten die Arbeiterschaft zum Außersten reizen. G. St.

Vorhersagen und Tatsachen!

Kurz vor Ausbruch des Krieges schrieb ein Blatt der sogenannten gelben Werkvereine, das „Süddeutsche Arbeiterblatt“:

„Die sozialdemokratischen Führer haben eine heillose Angst vor dem Kriege. Trist ein solcher ein, so verstiegt die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften wie Nebel in der Sonne. Die Gewerkschaften, die nur durch Zwang zusammen gehalten werden können, verlieren den inneren Zusammenhang und brechen zusammen. Die zurückbleibenden Mitglieder zahlen keine Beiträge, die Gewerkschaftshäuser verfallen, die roten Zeitungen finden keine Leser, und wenn der Krieg vorüber ist, so können die Obergewonnen sagen:

Hier sieht man unsre Trümmer rauchen,
Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen.“

Und die Tatsachen?

Die freien Gewerkschaften haben in der Kriegszeit über 100 Millionen Mark für Unterstützungen ausgegeben und hatten trotzdem Ende 1917 noch ein Vermögen von etwa 100 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1917 hatten sie einen Mitgliederzuwachs von etwa 100 000, im zweiten voraussichtlich noch mehr.

Der Verband der Fabrikarbeiter allein nahm im Jahre 1917 mehr als 50 000 Mitglieder neu auf und hat heute, die Eingezogenen mitgerechnet, mehr Mitglieder als je zuvor.

Lebensmittelversorgung.

Das schiffbrüchige System der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes hat sowohl die Kommunalverwaltungen als auch viele Industrielle veranlaßt, auf gleichgewichtigen Lebensmitteln für ihre Arbeiter und Angestellten zu erwerben. Dadurch haben die Lebensmittelpreise eine derartige Verteuerung erfahren, daß es selbst der in der Nahrungsmittelindustrie tätigen Arbeiterschaft nicht immer möglich ist, die angebotenen Lebensmittel zu kaufen. Oftmals sind diese Lebensmittel derartig teuer, daß bei der Arbeiterschaft der Verdacht entsteht, die Unternehmer wollten selbst bei ihren Schleichhandelsgeschäften noch Profite schinden. Von einem derartigen Verdachte ist die Papierfabrik Brause u. Co. in Neumünster freizusprechen, da sie bisher die monatlichen Lebensmittelzuweisungen ihren Arbeitern und Angestellten zur Hälfte des Einkaufspreises verabreichte. Aus Anlaß des Schuldscheines des deutschen Kaisers hat die Firma den Entschluß gefaßt, ihren rund 90 Angestellten und Arbeitern diese Lebensmittelzuweise in Zukunft kostenfrei zu liefern. Damit werden die Neumünsterer Papierarbeiter selbstverständlich einverstanden sein. Ihre Aufgabe muß es aber sein, darüber zu wachen, daß diese „Liebesgabe“ der Firma nicht auf Kosten der Arbeiterlöhne verabreicht wird.

Vorsicht beim Nietenansetzen!

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in der Lederpappenfabrik von Sachs u. Müller in Johannegeorgenstadt in Sachsen. Einem Arbeiter, der einen Leibriemen ansetzen wollte, wurde der Kopf glatt vom Dampf abgerissen und weit weg davon einer Arbeiterin in den Arm geworfen. Der Riemen sollte voraussichtlich bei vollem Gange der Maschine aufgelegt werden, ein Unterfangen, vor dem schon so oft gewarnt worden ist.

Ausland.

Arbeiterforderungen in England.

Der Krieg hat, wie überall, so auch in England Mangel und Teuerung im Gefolge. Gewiß sind die Zustände nicht annähernd so unerträglich als bei uns, aber sie sind unendlich genug, um die Gewerkschaften vor ernste Aufgaben zu stellen und zu erhöhter Tätigkeit anzuspornen. Da ein sogenannter „Burgfriede“ in England nicht einmal proklamiert worden ist, geschweige denn bestanden hat, gesetzliche Hemmnissen auch nur für die Munitionsindustrie geschaffen worden sind, ist die Zahl der Arbeitskämpfe in England auch in den Kriegsjahren ziemlich hoch gewesen. Besonders hoch im Jahre 1917, weil in diesem Jahre die oben erwähnten Kriegfolgen schärfer hervortraten. Während im Jahre 1916 nur 496 Streiks mit 245 000 Beteiligten geführt wurden, waren es im verflohenen Jahre 650 mit 764 000 Beteiligten. Die

englische Regierung suchte nach Mitteln, diese „industrielle Unrast“ zu bekämpfen. Schon im Frühjahr 1917, als die Zahl der Streiks stark anstchwoll, setzte sie eine Untersuchungskommission ein, die nach den Ursachen dieser Unrast forschen und Vorschläge zur Abhilfe machen sollte. Es wurden acht Ausschüsse gebildet und über das Land verteilt. Diese Ausschüsse haben nun ihre Untersuchungen beendet und ihre Vorschläge formuliert. Die „Deutsche Arbeitgebezeitung“ berichtet darüber, nach einem Bericht der „Labour Gazette“. Danach sind für die einzelnen englischen Industriezweige gemeinsame ständige Industrierräte zu errichten, bestehend aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zu gleichen Teilen. Von diesen Industrierräten wären alle Fragen zu erörtern, die den Fortschritt und das Wohlergehen der betreffenden Gewerbebranche betreffen. Neben den für die einzelnen Industriezweige einzurichtenden Landesindustrierräten soll möglichst auch die Errichtung von Bezirksräten und von Fabrikarbeitsräten erfolgen. Die nationalen Industrierräte genügen nach Ansicht der Ausschüsse nicht, sondern bedürfen der Ergänzung; notwendig sei ein dreifacher Ausbau, in den Betrieben, in den Bezirken und im Lande im ganzen. Wichtig dabei sei aber, daß die Organisation bei allen diesen drei Stufen nach den gleichen Grundsätzen erfolgt und dadurch die Einheitlichkeit des Handelns gesichert würde. Die Bezirksräte sollen aus Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmervereine zusammengesetzt sein. Die Fabrikarbeitsräte wären aus Vertretern der Betriebsleitung und der Arbeiter zu bilden und hätten in engem Zusammenhang mit den Bezirksräten und dem Landesindustrierrat zu arbeiten. Als Aufgaben, die den verschiedenen nationalen Industrierräten obliegen, oder von diesen den Bezirksräten bzw. den Fabrikarbeitsräten zu übertragen sind, werden in dem Bericht die folgenden besonders angeführt:

1. Bessere Ausnutzung der praktischen Kenntnisse und Erfahrungen der Arbeiter.
2. Auffindung von Mitteln zur Erzielung größerer Verantwortung und stärkerer Beteiligung der Arbeiter an der Regelung und Innehaltung der Arbeitsbedingungen.
3. Festlegung der allgemeinen Grundsätze für die Beschäftigungsbedingungen, einschließlich der Methoden der Lohnfestsetzung und der Lohnzahlung. Insbesondere soll auch das Bedürfnis nach einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter geprüft und berücksichtigt werden.
4. Festlegung eines geregelten Verfahrens für die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern hinsichtlich der Verhütung und Beilegung von Streitigkeiten.
5. Herbeiführung größtmöglicher Beständigkeit der Arbeit und des Verdienstes der Arbeiter ohne ungebührliche Beschränkung des Berufs- und Stellungswechsels.
6. Schaffung von Methoden der Festlegung und Anpassung der Löhne, Einkommenssätze und dergleichen, wie der Regelung verschiedener Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Lohnmethoden oder der Lohnbeträge ergeben (abgesehen von der Festlegung der allgemeinen Lohnschemata unter Nr. 3).
7. Technische Schulung und Ausbildung.
8. Wirtschaftliche Untersuchung und Ausnutzung der industriellen Leistungen.
9. Maßnahmen, die die volle Würdigung und Ausnutzung der von Arbeitern gemachten Erfindungen und Verbesserungen sowie die Sicherung der Erfinderrechte fördern.
10. Verbesserung des Arbeitsverfahrens, der maschinellen Anlagen und der Betriebsorganisation, unter besonderer Mithilfe der Arbeiter bei der Durchführung neuer Pläne.
11. Prüfung der Geisgenstände, welche die Industrie betreffen.

So weit die Vorschläge. Ob und was davon geltendes Recht wird, steht noch aus. Auch in England gibt es allerlei Widerstände zu überwinden, wenn es sich um die gesetzliche Regelung von Arbeiterfragen handelt. Die Unternehmer Englands sind keineswegs selbstlos genug, allen berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, und die Regierung Englands ist weit davon entfernt, sich einseitig für die Wünsche der Arbeiter ins Zeug zu legen. Gleichwohl besteht Aussicht, daß von den Vorschlägen der Untersuchungskommission wenigstens das Wesentliche irgendwo einen gesetzlichen Niederschlag findet. Einmal ist der Einfluß der englischen Arbeiterschaft auf die Regierung und auf die bürgerlichen Parteien sehr groß, und zum andern hat diese Regierung und haben die Parteien auch in der Kriegszeit wiederholt bewiesen, daß sie sich den „Forderungen der Zeit“ besser anzupassen wissen, als das in den meisten andern Ländern der Fall ist. Schon die Einsetzung der Untersuchungskommissionen zeigt das. In manchem andern Lande würde man bei einer Steigerung der Arbeitskämpfe nicht Kommissionen einsetzen, die nach den Ursachen forschen sollen, sondern Richter mobil machen, die den „Urhebern“ nachspüren müssen, um ihnen die Pforten des Gefängnisses zu öffnen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gewerkschaftsreformer in Stuttgart.

Wie die Tagespresse berichtet, wurde in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten in Stuttgart mit 64 gegen 6 Stimmen folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins sieht die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit an. Die Versammlung beantragt die Parteileitung, die nötigen Schritte zu unternehmen, um von diesem Standpunkt aus eine fruchtbarere Tätigkeit der Parteigenossen zu ermöglichen.“

Ein zweiter, mit 53 gegen 47 Stimmen angenommener Antrag lautet:

„Eine 7 Mitglieder starke Kommission ist zu wählen, welche die Vorarbeiten in Stuttgart in die Hand nimmt zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation.“

Aus dem Wortlaut des ersten Antrags geht nicht klar hervor, ob damit nur Parteipolitik und Gewerkschaftsarbeit „vereinheitlicht“ werden soll, oder ob zugleich alle Gewerkschaften zu einer großen „Einheit“ verschmolzen werden müssen, um für die kommenden Auseinandersetzungen den „notwendigen Rahmen“ zu bilden. Es ist aber auch nebenbei zu bemerken, daß ein solches Vorhaben, und wer sich dieser Projekte anzueißelt, beweist damit nur, daß ihm die Gewerkschaften ebenso fremd sind wie die Bedingungen der kommenden wirtschaftlichen Kämpfe. Um solchen Plänen zuzustimmen, bedarf es dieser Unkenntnis nicht einmal, dazu genügt schon ein wenig Gedankensorglosigkeit und ein erheblicher Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl.

Der zweite Antrag soll anheimend den ersten in die Praxis umgesetzt werden. Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß dabei einige Reizworter der großen Reizorgane schon schmal geworden sind. Sie haben Angst vor der eigenen Courage bekommen und es abgelehnt, den Ansturm, den sie im ersten Antrag beschloffen haben, nun auch praktisch zu vertreten. Das ist immerhin schon ein erfreuliches Zeichen der Befähigung. Im übrigen wollen wir hier nur anfügen, was die „Leipziger Volkszeitung“, das führende Blatt der Unabhängigen Sozialdemokraten, zu dieser Beilage ausführt. Das Leipziger Blatt schreibt:

Wir erklären rundweg, daß wir die Gründung neuer Gewerkschaften nicht billigen können. Das würde die Spaltung der Gewerkschaften und Brüderkämpfe herbeiführen, an denen nur das Unternehmertum seine helle Freude haben würde. Wir brauchen Gewerkschaften, die stark und geschlossen den Unternehmern gegenüber auftreten können. Nur dann sind sie eine Macht, und solche Gewerkschaften hat das Proletariat nach dem Kriege ganz besonders nötig."

Vielleicht werden die eifrigen Reformen in Stuttgart nun doch, daß sie an den verkehrten Kopf geraten sind.

Warnung vor Unbesonnenheiten.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtet folgende Warnung an ihre Mitglieder:

"In den letzten Tagen werden wieder Flugblätter in den Betrieben der Metallindustrie verteilt, in denen vom Streik die Rede ist. Auch werden wieder in der bekannten Weise die Gewerkschaftsleitungen angepöbeln. Wir ermahnen unsere Mitglieder, diesen Flugblättern keine Beachtung zu schenken und sich auch von jeder Beteiligung dieser Flugblätter fernzuhalten. Die Flugblätter kommen von unbekannter und unverantwortlicher Seite und sind geeignet, uns großen Schaden zuzufügen."

Im Anschluß an diese Mitteilung sei eine Zeitungsmeldung erwähnt, nach der Amerika erhebliche Mittel anzuwenden will, um in Deutschland große Streiks anzuzetteln. Ein solcher soll angeblich am 1. Mai beginnen. Daß die kriegführenden Mächte alle Mittel anwenden, um ihre Gegner zu schwächen, ist bekannt. Ob aber Amerika solche Absichten so früh bekannt geben würde, ist eine andre Frage.

Jahresbericht des Gau 3 (Provinz Brandenburg).

Es ist erfreulich, daß wir unsern Bericht einleiten können mit der Feststellung, daß zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht länger entbehren können. Denn mit dem Wüten des einzelnen sind dem Unternehmer Lohnverbesserungen nicht abzurufen; sondern nur durch solidarisches Zusammenwirken in der Organisation ist es möglich, verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das haben vor allem die Arbeiterausführenden erfahren müssen, die nach dem Hilfsdienstgesetz als Vermittler die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen hatten. Der Herz-im-Gau-Standpunkt kam bei Verhandlungen mit den Unternehmern oft zum Durchbruch, und nur die Feststellung, daß der Schlichtungsausschuß eventuell den Streit entscheiden müsse, veranlaßte manche Unternehmer, den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Doch allemal mußte schließlich der Schlichtungsausschuß zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten angerufen werden.

Spätere der immer mehr und mehr steigenden Preise für alle Bedarfsartikel mußte ein Ausgleich in Gestalt von Lohn- oder Zeurnungszulagen herbeigeführt werden. Derartige Wünsche und Forderungen wurden insgesamt in 52 Fällen gestellt und mit Erfolg für die in Betracht kommende Arbeiterschaft durchgeführt. Beteiligt waren hieran 30 Betriebe in 11 Orten mit einer Gesamtarbeiterschaft von 3679 Männern und 4636 Frauen. Erreicht wurden insgesamt an Lohn- und Zeurnungszulagen pro Woche 74.042,02 M. oder pro Kopf und Woche für den einzelnen Beteiligten im Durchschnitt 8,88 M. Außerdem wurde in zwei Betrieben mit 570 Beschäftigten die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden pro Tag herabgesetzt. In einigen Betrieben konnte ferner eine höhere Bezahlung für Überstunden- und Sonntagsarbeit sowie eine höhere Familienbeihilfe als Zeurnungszulage erreicht werden. Zum Jahresabschluss kam es im Berichtsjahre nur in einem Betriebe. Im allgemeinen haben wir bei diesen Bemühungen erfreuliche Erfolge erzielt, die jedoch noch größer sein könnten, wenn allorts die Arbeiterschaft mehr auf dem Poßen wäre. Denn nur dort, wo die Arbeiterschaft sich ihrer Lage bewußt war und die Organisation die Hilfe der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrnehmen konnte, war ein guter Erfolg zu verzeichnen.

Der Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wurde zugleich zum ein der Entwicklung des Verbandes im Gau. Die Mitgliederbewegung war verhältnismäßig günstig. Am Jahresabschluss 1916 hatten wir 6036 Mitglieder, darunter 807 weibliche. Der Zugang im Berichtsjahre betrug einschließlich der zugerechneten und der vom Militär zurückgelassenen, 5143 Mitglieder. Zugeworben, abgereiht oder zum Militär eingezogen wurden 2702 Mitglieder, so daß eine Zunahme von 2441 Mitgliedern im Jahre 1917 zu verzeichnen ist. Der Gesamtbestand der Gauarbeiterschaft entfällt auf die weiblichen Mitglieder, deren Zahl von 807 am Ende des Jahres 1916 auf 2901 am Ende des Jahres 1917 stieg. Die Gesamtmitgliederzahl im Gau betrug am Schlusse des Jahres 1917 5576 männliche Mitglieder und 2901 weibliche, also insgesamt 8477 Mitglieder gegen 6036 Mitglieder am Ende des Jahres 1916.

Zum Militär wurden seit dem 1. August 1914 insgesamt 7895 Mitglieder eingezogen. Als gefallt und im Kriege verstorben sind 637 Kollegen geblieben. Daraus befindet sich auch ein langjähriger Mitglied des Gauverbandes, der Kollege Paul Schäfer. Wir haben in ihm einen tüchtigen, energiegelanten und unermüdeten Helfer in der Agitation verloren und werden ihn mit all unsern braven Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Berichtsjahr schloß wie im Vorjahre mit 12 Zahlstellen ab. Die Zeurnungsbewegung bewegte sich in empfindlicher Linie, jedoch mußte keine neue Bewegung erfahren, damit wir pro Jahr mindestens mit 48 Zeurnungsmarkten rechnen können. Der Anstieg an Zeurnungsmarkten betrug im Jahre 1916 822,92 Mark, gleich 45,31 pro Mitglied, im Jahre 1917 829,75 Mark, gleich 46,73 pro Mitglied. Währte ein Jahr von 1653 Zeurnungsmarkten und eine Erhöhung pro Kopf und Mitglied um 1,57. Die Höhe bemerkt, müssen alle Unternehmungen für eine nachhaltige Steigerung sorgen, denn wird auch im laufenden Jahre eine weitere Bewegung der Zeurnungsbewegung einziehen.

Die Agitation wurde im Berichtsjahre je nach den Bedürfnissen und Verhältnissen durch Betriebsversammlungen, Vertrauensmännerversammlungen etc. mittels des Gauverbandes gefördert. Auch die Hausbesuche wurden beachtet, jedoch läßt es hier an gezielten Erfolgen fehlen. Dies aus dem Grunde der verstreuten Mitglieder allerorts heranzuziehen, ist eine wichtige Aufgabe der Ortsvereine. Denn nur wenn alle Zahlstellenbestanden an die Förderung der Agitation mit herangezogen und nicht vernachlässigt werden, die Arbeiterschaft anzuheben, kann eine weitere Bewegung der Zeurnung für die gesamte Arbeiterschaft erreicht werden. Wären die Zahlstellenbestände besser befähigt, wenn uns denn das Jahr 1918 den langgehegten Frieden bringt und würde im Jahre folgenden Kollegen in unsere Reihen zurückkehren und in Verbindung mit uns an die Verbesserung und den Ausbau unserer Organisation gehen, dann werden wir bei jedem Schritt gegenüberstehen. Darum auf zu unser Besten!

Berichte aus den Zahlstellen.

Eschwege (A.). Am 9. Februar fand für die Zahlstelle Eschwege die Jahresversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht vom Vorjahre, der Kollege G. (Gerrit) als Stellvertreter des Vorsitzenden berichtete. In der Erklärung führte er die Gründe an, aus welchen der Verbandstag abgehalten werden mußte; er schloß die Erklärung mit dem Hinweis auf die Verhältnisse, die dort herrschen, ab. Dem Hauptberichtsgegenstand bildeten die Forderungen der Organisation. In Bezug auf den Krieg ist man im Vorstand der Zeurnung gewarnt, daß während der Krieges kein Verbandstag abgehalten werden solle, aber die Zeurnungsbewegung ist nicht weniger. Zum Beispiel die Arbeitslosenunterstützung kann die Unternehmung an die Forderungen der Zeurnungsbewegung sowie die Zeurnungsbewegung, die sich nach dem Kriege zur Auszahlung gekehrt ist. Es haben sich auch noch verschiedene andere Ursachen mit dazu gesellt, um Mittel und Wege zu suchen, um dem Verband mehr Einfluß zu verschaffen. Vorstand und Zeurnung haben beschlossen, den Verbandstag einen Einberufung von zehn Tagen zu unterbreiten. Die Statuten-

beratungskommission hat sich den Vorschlag des Vorstandes nicht zu eigen gemacht, sondern es bei den jetzigen Beitragsklassen belassen; natürlich mit einer entsprechenden Erhöhung der einzelnen Höhe. Dementsprechend sind auch die Unterstützungssätze erhöht worden. — Der Berichtsjahr brachte noch einige besonders bemerkenswerte Ausführungen zur Kenntnis und ernahnte die Versammlung, fest und treu zu dem Verbände zu stehen und am Ausbau der Organisation zu helfen. Die Abstimmung ergab völliges Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Der Jahresbericht, der dann gegeben wurde, zeigte folgendes Bild. Neben zahlreichen Sitzungen und Konferenzen haben 22 Verhandlungen mit Unternehmern stattgefunden. An Lohnverbesserungen oder Zeurnungszulagen sind dabei erreicht worden: für die Kollegen in der Schamottebranche 15 Pf. pro Stunde, gleich 9 M. pro Woche; für Arbeiterinnen 10 pro Stunde, gleich 6 M. pro Woche. In der chemischen Fabrik Heinrichshallen bei Köstritz wurden 6 bis 8 M. pro Woche erreicht. Es soll gewiß nicht gesagt sein, daß diese Zulagen den jetzigen Verhältnissen entsprechen, sie müßten noch viel höher sein, und sie könnten höher sein, wenn immer die nötige Energie bei der Kollegenchaft vorhanden wäre. — Im Laufe des Jahres hatten wir in unserer Zahlstelle 307 erkrankte Mitglieder zu unterstellen, das sind von unserer jetzigen Mitgliederzahl etwa 50 Prozent. Diese waren insgesamt 7476 Tage krank. Unterstützung wurde gezahlt für 5634 Tage, zusammen 7639,90 M. An Arbeitslojenunterstützung haben wir an 21 Mitglieder für 490 Tage 579,50 M. ausgezahlt. In Sterbefällen wurden 1875 M. aus der Hauptkasse gezahlt. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 13 479,22 M. In die Verbandskasse wurden 237,50 M. gesandt. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 8651,58 M. und eine Ausgabe von 7851,05 M., so daß ein Kassenbestand von 800,53 M. verbleibt. Außerdem haben wir in der Zahlstelle noch eine Lokalkasse. Der Bestand und die Einnahmen derselben betragen 703,10 M. Ausgegeben wurde an Hinterbliebene verstorbenen Mitglieder 151,90 M., so daß ein Kassenbestand von 551,20 M. am Schlusse des Jahres verbleibt.

Die Mitgliederbewegung stellte sich wie folgt: eingetreten sind 112, zugereicht 4, vom Militär zurückgemeldet 19, übergetreten aus anderen Organisationen 8 Mitglieder. Die Zugänge belaufen sich demnach auf 153 Mitglieder. Ausgeschieden sind 28 Mitglieder, davon sind 14 verstorben. Abgereiht sind 4, zum Militär abgemeldet 27 Mitglieder. Es bleibt eine Zunahme von 92 Mitgliedern. Ende 1916 betrug unsere Mitgliederzahl 564, davon waren 118 weibliche Mitglieder. Ende 1917 hatten wir 506 männliche und 152 weibliche, zusammen 658 Mitglieder. 30496 Beitragsmarken wurden umgelegt. — Schlusse unseres Berichtes wollen wir hoffen und wünschen, daß uns das Jahr 1918 den lang ersehnten Frieden bringt, damit wir wieder in bessere Verhältnisse eintreten können. Vor allen Dingen müssen wir an die Kollegenchaft herantreten und sie auffordern, sich an dem Ausbau der Organisation mehr zu beteiligen, damit wir aus dem Kriege stark und gefestigt hervorgehen. Ein jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an der Werbearbeit fleißig und rührig zu beteiligen. Auf zur Agitation!

Kiel. Am 2. Februar tagte unsere Generalversammlung. Nachdem die ersten Punkte erledigt waren und der alte Vorstand für das Jahr 1918 wiedergewählt war, erstattete Kollege Joh. Petersen den Geschäfts- und Kassenbericht, woran nichts bemängelt wurde. Auf Antrag des Kollegen Bogt als Referent wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Sodann erstattete Kollege Reichardt den Bericht vom Verbandstag. Er zog hauptsächlich die Hauptpunkte heraus und erläuterte den Versammelten die Unternehmungsbedingungen sowie die Zeurnungsbewegungen. Die Erhöhung der Beiträge wurde genehmigt, denn auch nach dem Kriege wird es ohne Lohnbewegungen nicht abgehen, dies sollten sich die Kollegen merken, die während des Krieges dem Verband den Rücken gekehrt haben. Von zwei Kollegen wurde die Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Hauptvorstand genehmigt; mit den andern Beisitzern des Verbandstages waren die Versammelten einverstanden. Die Hauptfrage ist es nun, für die Agitation einzutreten und den Mitgliedern die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge sowie der Unternehmungsbedingungen aufzuzeigen; dies gilt hauptsächlich für die Mitglieder. Kiel-Dietrichsdorf ist ein weites Feld, wo manche Mitglieder das ganze Jahr nicht in die Versammlung kommen; darum soll mindestens eine Sitzung der Hilfskassenrat stattfinden, um die Sache auch einmal richtig zu besprechen. Die neuen Marken treten am 1. April 1918 in Kraft und die höheren Unternehmungen am 1. Oktober 1918. Es muß jetzt jeder einrichtliche Kollege seine Pflicht tun, um die rückständigen Mitglieder einzulösen.

Referent ist noch aus der Zahlstelle zu berichten, daß am 1. März 1917 unser Beamter, Kollege F. Kunz, eingezogen wurde, der die Zahlstelle beinahe 10 Jahre vertrat hat. Als Stellvertreter wurde Kollege Joh. Petersen gewählt, der abends von 16 bis 18 Uhr im Bureau anwesend ist. Am Tage ist seine Tochter da. Das Bureau ist an Werktagen von 3 1/2 bis 7 1/2 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 1/2 Uhr bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 3 1/2 bis 7 1/2 Uhr geöffnet. Das sollten sich die Mitglieder merken, damit sie nicht unnötige Wege machen. Die Einnahme der Hauptkasse für 1917 betrug 17 269,05 M., die Ausgabe 10 198,73 M.; es wurde der Betrag von 7070,32 M. an die Hauptkasse gesandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8562,32 M., eine Ausgabe von 6368,39 M., bleibt ein Bestand von 2193,93 M. Dazu kommen noch 1800 M., die beim Geschäftshaus belegt sind, so daß der Lokalkassenbestand 3993,93 M. beträgt.

Die Mitgliederzahl stieg von 651 im 3. Quartal 1917 auf 706 männliche und 115 weibliche, zusammen 821 Mitglieder im 4. Quartal. Diese beinahe 500 neuen Mitglieder wurden hauptsächlich auf dem Munitionsdepot Dietrichsdorf gewonnen, wo der Gauleiter Berger (Hamburg) verschiedene Versammlungen abgehalten hatte und verständige Kollegen vom Depot für den Verband eintraten. Seitdem sind die Lohnverhältnisse auch besser geworden. Daraus können die Kollegen und Kollegen ersehen, daß eine starke Organisation auch Erfolge bringt. Die Zeurnungsbewegung arbeiten mit Hochdruck, während die anderen Betriebe ganz darniederliegen. Eisen- und Hüttenindustrie ruhen ganz, ebenso Margarinefabriken sowie Zigaretten- und Zigarrenindustrie. Im Jahre 1916 hatten wir ziemlich Ausgaben aus der Lokalkasse für die Zeurnung, aus denen die Arbeiter einige Male heranzugegangen waren. Viel besser ist es inzwischen geworden; denn die Zulagen, die von den Betriebsleitern gegeben werden, stehen in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Lebensmittelpreise. Eingezogene Kollegen hatten wir 456, davon sind leider bis jetzt 66 als gefallen gemeldet, während 90 Kollegen wieder zur Arbeit entlassen sind. Hoffentlich bringt das Jahr 1918 den Frieden, damit unsere heimkehrenden Kollegen die Zahlstelle gestärkt finden.

Wittenberg (Rath). Am 3. Februar tagte unsere Generalversammlung. Das von Kassierbericht, der Kollege Müde gab, war zu ersehen, daß wir im vorletzten Geschäftsjahre gut abgeschnitten haben. Wir hatten am Ende des Jahres 1917 10 viel Mitglieder wie bei Kriegsbeginn, ohne die Kollegen, die zum Militär einbezogen sind. — Im vorletzten Jahre konnten wir auch unsere Ortsverwaltung wieder voll besetzen. Kollegen und Kolleginnen, wir müssen in Zukunft noch eifriger die Agitation betreiben, damit wir in diesem Jahre auf die doppelte Mitgliederzahl kommen. Auf der Bundesfeier hielt es besonders traurig aus. Dort hat die Arbeiterschaft ganz besonders Ursache, sich im Verbände zusammenzuschließen, um bessere Verhältnisse zu erlangen. Kollegen und Kolleginnen, wenn die Ortsverwaltung zur Agitation eifrig, dann müssen alle erscheinen und nicht immer nur einige wenige Kollegen. Durch Kampf zum Sieg!

Schönerbeek a. E. Eine außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle fand am 10. Februar statt. Sie befaßte sich vorwiegend mit dem inneren Ausbau der Zahlstelle. Die Versammlung war von über 100 Mitgliedern besucht, darunter viele Frauen und Mädchen. Zum ersten Punkt: Zeichnung der Zeurnungsbewegung mit der Lokalkasse erhielt Kollege Romahn das Wort. Referent führte aus: In mehreren Versammlungen habe die Verwaltung schon angedeutet, daß es mit unserer Lokalkasse nicht weiter gehen könne. Die Sterbekasse bestreite in ihrem jetzigen Umfang seit 1910 und habe sich ganz auf bewährt; sie habe nur den einen Fehler, daß sie nicht obligatorisch ist. Dies habe zur Folge gehabt, daß die älteren Mitglieder der Sterbekasse alle angehören, von den jüngeren jedoch wenige. Der Krieg habe uns nun durch seine großen Sterblichkeit vor Augen gestellt, denn die Sterbekasse in ihrer heutigen Form nicht gerettet werden könne. Trotzdem der Betrag hierfür im letzten Jahr von 15 auf 30 Pf. pro Monat erhöht sei, hätten wir im letzten Jahre doch ein Marko von 522 M. zu verzeichnen. Unser Sterbekassenfonds habe allerdings immer noch eine ansehnliche Höhe. Wir sollten aber auch ein Jahr so hin, dann seien wir mit unsern Leistungen am Ende. Wir müßten dieser Einrichtung neue, junge Mitglieder zuführen. Dieses geschieht am besten dadurch, daß wir die Sterbekasse auf

die Lokalkasse übernehmen und den Lokalkassenschlag für alle Mitglieder hierfür um 5 Pf. pro Woche erhöhen. Referent gibt dann die Vorschläge über in der letzten Versammlung gewählten Kommission bekannt und bittet um einstimmige Annahme derselben. Kollege Senfteil erläutert darauf die einzelnen Vorschläge und spricht sich dahin aus, daß dieser unglückliche Zustand beseitigt werden müsse. Vor allem müsse der Zustand aus der Welt geschafft werden, daß Frauen von verstorbenen Mitgliedern Mitglied der Sterbekasse bleiben können. Dieses habe gerade jetzt im Kriege zu unliebsamen Konsequenzen geführt. Wir kämen da schließlich in die Lage, an Verte Sterbekasse zahlen zu müssen, die mit dem Verband auch nicht das geringste zu tun haben wollen. Referent geht dann auf die einzelnen Paragraphen des neuen Statuts der Lokalkasse näher ein und erläutert dieselben. An der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen. Alle sprechen sich für die Verschmelzung und die gleichzeitige Zeurnungserhöhung aus. Die Versammlung nimmt hierauf einstimmig den vorgelegten Entwurf der Bestimmungen und die Vorschläge der Kommission an.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung kommt der Kollege Senfteil nochmals auf den Verbandstag zu sprechen, da die letzte Generalversammlung der vorerwähnten Zeit wegen abgebrochen werden mußte. Referent geht speziell auf das Referat des Kollegen Brey über. Die Aufgaben des Verbandes" ein und schildert die Verhältnisse unserer Industrie während des Krieges. Wir alle erwarten schließlich den Frieden. Wenn aber der Friede kommt, dann stehen gerade wir Fabrikarbeiter vor wichtigen Aufgaben. Wir wissen noch nicht, wie der Friede aussehen wird. Wünschen aber müssen wir, daß er uns Handelsmöglichkeiten mit allen Völkern bringt, denn gerade unsere Industriezweige sind auf den Handel angewiesen. Große Kämpfe werden wir nach dem Frieden bekommen, und hierzu hat der Verbandstag das nötige Mittelzeug geschaffen. In der Aussprache bedauert der Kollege Romahn die Zeichnung von Kriegsanleihe durch den Vorstand. Auch mit dem Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland ist Referent nicht einverstanden. Er bedauert, daß man auf dem Verbandstage mit dem Vorstand nicht erstere Worte wegen der Kriegsanleihe gesprochen habe. Kollege Senfteil erwiderte, daß es ernste Worte über diesen Punkt genug gegeben habe. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland solle ein Gegengewicht gegen die Vaterlandspartei sein. Ob der Anschluß hiervon ein großer Fehler sei, darüber lasse sich denn doch wohl streiten. — Nachdem erstattet der Kollege Wittus den Kartellbericht. Er berichtet kurz über die getroffenen Maßnahmen des Kartellvorstandes wegen Verkürzung der Arbeitszeit, über verschiedene Eingaben an Behörden wegen Erhöhung der Kriegsunterstützung usw. Da Wortmeldungen hierzu nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, das nächstmal in doppelter Stärke zur Versammlung zu erscheinen.

Rundschau.

Geheimvertrag der Berliner Metallindustriellen gegen ihre Angestellten.

Zwanzig der größten Metallwarenfabriken Berlins, darunter die A. G. Bergmann, Vorfis, Flohr, Goerz, Ludwig Loewe, Miz u. Genest, Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert haben vom 1. Januar 1918 an folgenden Geheimvertrag geschlossen:

"Wird während des Krieges mit England von einem Mitglied der Vereinigung ein männlicher oder weiblicher Beamter eines andern Mitgliedes ohne dessen Zustimmung in m un g ange stellt, so ist ersteres verpflichtet, einen Betrag in eine von dem Verband Berliner Metallindustrieller verwaltete Kasse zu zahlen gleich dem Doppelten des von dem Angestellten in den ersten zwei Jahren erzielten Monatslohens."

Der Zweck dieser Vereinigung ist natürlich, den Angestellten die Erlangung besser bezahlter Stellen, die ihnen das Hilfsdienstgesetz ausdrücklich freigelassen hat, unmöglich zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige geheime Konkurrenzklausein zum Zwecke des Lohnbruchs gegen die guten Sitten verstoßen. Man darf gespannt darauf sein, wie das Kriegsamt sich zu den Beschwerden der betroffenen Beamten über diesen Geheimvertrag stellen wird.

Drei Monate Gefängnis wegen zu langsamem Arbeiten.

Zwei Arbeiter der Luftverkehrsgesellschaft in Johannisthal standen vor dem Amtslich der politischen Strafs in Berlin gebildeten außerordentlichen Kriegsgericht unter der Anklage, sich gegen die am 1. Februar 1918 erlassene Verordnung des Oberkommandos vergangen zu haben, welche die Niederlegung sowie die absichtliche Verzögerung der Arbeit in den unter militärischer Leitung stehenden Betrieben mit Strafe bedroht. Nach dem Zeugnis ihres Kolonnenführers haben die Angeklagten am 4. und 5. Februar in der Arbeit weniger geleistet, als sie hätten leisten können und letzter geleistet haben. Auf Vorhalt des Kolonnenführers sagten die Angeklagten, für den Lohn, den sie bekämen, könnten sie nicht mehr machen. — Hierdurch hielt das Gericht für erwiesen, daß die Angeklagten am 4. und 5. Februar nicht das Arbeitspensum geleistet haben, das sie nach Maßgabe ihrer körperlichen Kräfte hätten leisten können, daß sie also mit Absicht die Arbeit verzögert haben. Mit Rücksicht darauf, daß durch solches Verhalten die Kriegswirtschaft schwer geschädigt werden könnte, erkannte das Gericht auf die vom Anklagevertreter beantragte Strafe von je drei Monaten Gefängnis.

Wir geben das Urteil aus nachfolgenden Gründen ohne jeden Zusatz wieder.

Versandsnachrichten.

Blaue Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat Februar müssen bis zum 4. März in Hannover sein, damit das Ergebnis der Statistik bis zum 8. März an das Statistische Amt nach Berlin gesandt werden kann.

Die grauen Monatskarten sind unquittig und dürfen nicht mehr verlangt werden. Zahlstellen, die keine blauen Karten mehr in ihrem Besitz haben, wollen solche beim Vorstand bestellen.

Vom 19. Februar 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Hamburg 2000, — Walsrode 580, — Hönningen 400, —
- Stettin 1512,70, P. 5,20. Mannheim 3000, — Oldenburg i. Gr. 1843, —
- Ulzburg 1000, — Zeitz 250, — Augsburg 1292,43. Offenbach a. M. 153, — Chemnitz 90, — Galberland 5, — Chemnitz 836,59. Wittenfeld 600, — Walsrode 500, — Straßfurt 59,40. Gotha 13, —

An Berichtsmengebeiträgen gingen ein:

Götha 8,30

Schluß: Montag, den 25. Februar, mittags 12 Uhr.

Jr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen:

- Erfurt 15 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Hienburg a. B. 10 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Hünzberg a. B. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Beudorf. Rappert Müller, Gorchheim, Bezirk Koblenz, Hauptstraße 63. Theodor Reunier, Kallender, Provinzialstr. 7, Brandenburg. Otto Ehle, Mühlentorstraße 44. Geschäftsführer A. Heinrich. Bureau: Alstadt, Fächerstraße 18, 2. Et.
- Erfurt. Kurt Sid, Salinenstraße 149. Carl Gutjahr, Salinenstraße 143.
- Glabbad (Kr. Remwid). Gau 14. Heinrich Jacobi, Sandgasse 47. Heinrich Reichels, Sandgasse 42.
- Helmstedt. Johann Dott, Unterbergstraße 8k. Joseph Waber, Ringgasse 274e.
- Hünzberg. Hermann Kuntze, Scheibstraße 16. Max Borrich, Wollstraße 1.
- München. Simon Rüb, Pappelhofstraße 40/44.
- Werdau a. S. Carl Schwanke, Angeltweg 2.